

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Angelegenheiten: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Preußen und die Fürsten.

Höpfer-Mischoff für reichsrechtliche Regelung. — Der deutschnationale Abg. Everling: herzoglicher Rechtsanwalt.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses war der preußische Finanzminister Höpfer-Mischoff erschienen. An ihn richtete der Genosse Dr. Rosenfeld die Frage: Wie steht die preußische Regierung zu dem ursprünglichen sozialdemokratischen, jetzt von den Demokraten ausgenommenen Antrage auf reichsrechtliche Regelung der Fürstenausseinerhebung? Unser Vertreter wies darauf hin, daß die gefrigen Ausführungen der preußischen Regierungsvertreter insofern mißverständlich waren, als seine Erklärung, daß es sich um eine preußische Frage handle und daß der jetzt vorgeschlagene Vergleich der Kritik des Reichstages nicht unterliegen dürfe, den Eindruck erwecken könnte, als ob die preußische Regierung jetzt nicht mehr für eine reichsrechtliche Regelung der Frage sei.

Abg. Koch (Dem.) schloß sich dieser Frage an und Abgeordneter Sell (Z.) erweiterte sie noch dahin, ob sich Mängel aus dem jetzigen Stand der Gesetzgebung ergeben hätten.

Preußischer Finanzminister Dr. Höpfer-Mischoff:

Im Frühjahr glaubten wir, mit einem Reichsgesetz nicht mehr rechnen zu können. Der Reichstag hatte den sozialdemokratischen Antrag auf reichsrechtliche Regelung nicht erledigt, auch bei der Aufwertungsvorlage war eine preußische Anregung wegen Begrenzung der Aufwertung der Fürstentümer nicht beachtet worden, und wir hielten es deshalb für notwendig, neue Verhandlungen anzuknüpfen. Wir durften die Entscheidung nicht den Gerichten überlassen, wenn der preußische Staat nicht unermesslichen Schaden leiden sollte. Der Vergleich entspricht nicht allen unseren Wünschen, aber angesichts der ungünstigen Gesetzlage konnten wir nicht anders handeln. Wenn jetzt eine reichsrechtliche Regelung kommt, wird die preußische Regierung das begrüßen und den schon von der Regierung unterzeichneten Vertrag nicht den gehorchenden Körperschaften zuteilen, sondern entsprechend dem Reichsgesetz durch Landesgesetz die Abfindung der Hohenzollern regeln.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß das Allgemeine Landrecht auch durch eine Kabinettsordre in Kraft gesetzt und bindendes Recht geworden sei und daß dieses gerade zum erstenmal die Einschränkung des Privatigentums des Fürstentums gebraucht habe.

Abg. Neubauer (Komm.) erforderte um genaue Angabe der Vermögensteile und deren Werte.

Finanzminister Dr. Höpfer-Mischoff erwiderte, daß im allgemeinen die Wehrbeiträge für die Grundstücke eingesezt worden seien. Eine genaue Berechnung sei sehr schwierig.

Auf Fragen verschiedener Abgeordneter erklärte der preußische Finanzminister Höpfer-Mischoff, nach dem Vergleich sei der Wert der dem Staate zufallenden Vermögensstücke auf 688 Millionen (sechshundertachtundachtzig Millionen), der Wert der dem Hohenzollernhaus zufallenden auf 184 Millionen (einhundertvierundachtzig Millionen) zu schätzen. Darin seien aber auch die Vermögensstücke enthalten, die — wie z. B. Schloß Wilhelmsruhe bei Kassel — unstrittig Staatsbesitz sind. Die preußische Regierung, so schloß der Minister, würde den jetzigen Vergleich nicht abgeschlossen haben, wenn sie freie Hand gehabt hätte. Sie war aber nach Lage der Verhältnisse dazu gezwungen. Der Minister erklärte sich bereit, dem Ausschuss die Urteile in den um die einzelnen Krongüter schwebenden Prozessen zugänglich zu machen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) wies darauf hin, daß unter den im Vergleich als dem Staate zugefallen aufgeführten Schlössern sich Schlösser im Werte von 350 Millionen (dreihundertfünfzig Millionen) befinden, die unstrittig immer Staatsbesitz waren. Es wäre darum zweckmäßig, eine Aufstellung darüber zu geben, wie der Vergleich über die streitigen Vermögensstücke ausgefallen ist.

Der Minister erklärte sich bereit, später eine solche Aufstellung beizubringen.

Der Rechtsausschuss wendet sich nunmehr der Beratung der thüringischen Fürstenfrage zu und der thüringische Finanzminister v. Klügner gibt über die Verhandlungen mit dem Altenburger Fürstentum ausführliche Auskunft.

Abg. Rosenfeld: Nach den Mitteilungen des Finanzministers hat der Altenburger Fürst den mit dem Lande abgeschlossenen Vergleich wegen Irrtums, Zwangs und Betrugs angefochten. Wie wird diese Anfechtung gegenüber einem erst im Sommer 1919 geschlossenen Vergleich begründet?

Minister v. Klügner: Das wird am besten der Abg. Everling beantworten können, der Prozessvertreter des Altenburger Fürsten ist.

Abg. Rosenfeld (zur Geschäftsordnung): Diese sensationelle Mitteilung zwingt mich, eine Unterbrechung der sachlichen Beratung zu fordern. Aus der Mitteilung des Ministers geht hervor, daß in diesem Ausschuss, der die Interessen des Volkes wahrnehmen soll, ein Abgeordneter sitzt und mitwirkt, der Prozess- und Interessenvertreter eines der beteiligten Fürsten ist. Das ist ein unerschütterlicher Vorgang, gegen den im Interesse des Ansehens des Parlaments auf das entschiedenste Vermahrung eingelegt werden muß. Wohin soll es führen, wenn Interessentenvertreter als Abgeordnete die Interessen ihrer Prozesspartei wahrnehmen? Der Abgeordnete Everling muß schärfstens aus dem Ausschuss ausgeschieden.

Minister v. Klügner: Der Abg. Everling sollte ja nur, weil er besser informiert ist als ich, über die Sach- und Prozesslage Auskunft geben.

Abg. Everling (Dnat.): Ich bin nicht als Anwalt hier und muß die Infimiation zurückweisen, als ob ich hier Aufträge ausführe. Ich verrete nur das Altenburger Fürstentum. (Zuruf Dr. Rosenfeld: Das genügt.)

Abg. Koch (Dem.): Das Verhalten des Abg. Everling ist mit den Gepflogenheiten des Reichstages nicht vereinbar. Ich würde ein Mitglied meiner Fraktion, das Prozessvertreter ist, sofort zurückziehen, sobald eine solche Sache beraten wird. Eine solche Interessentkollision darf nicht vorkommen. Im Erzbergerprozeß hat Helferich schon deshalb schwerste Vorwürfe gegen Erzberger erhoben, weil er im Reichstag über eine Sache sprach, bei der er nur als Schiedsrichter mitgewirkt hatte.

Abg. Korsch (Komm.): Ich schließe mich dem sozialdemokratischen und demokratischen Protest an. Abg. Everling darf in diesem Ausschuss nicht länger mitwirken.

Abg. Schulz (Zit.): Wir Vertreter des Zentrums sind darüber einig, daß, wenn in der Zentrumsfraktion ein Mitglied Vertreter eines Fürstentums wäre, wir es nicht in den Rechtsausschuss delegieren bzw. zurückziehen würden, sowie die Beziehungen zu einem Fürstentum bekannt würden.

Abg. Landsberg (Soz.): Ich schließe mich für die sozialdemokratische Fraktion dieser Erklärung an. Nach der preußischen Städteordnung würde Everling nicht berechtigt sein, bei der Beratung dieser Sache mitzuwirken. Sine qua non muß ebenso auch im Reichstag verfahren werden. Everling ist Privatvertreter eines Fürsten. Sein Takt hätte ihm verbieten müssen, an der Beratung eines Gesetzes teilzunehmen, dessen Annahme die Wirkung hätte, den Prozeß aus der Welt zu schaffen, den er im Auftrage des Fürsten führt.

Vors. Kahl: Ich habe als Schiedsrichter in mehreren solchen Angelegenheiten mitgewirkt, und ich bitte um die Erklärung der Mitglieder des Ausschusses darüber, ob man der Ansicht ist, daß ich wegen dieser schiedsrichterlichen Tätigkeit aus dem Ausschuss ausscheiden sollte.

Abg. Hahnemann (Dnat.): Die Tätigkeit als Schiedsrichter ist anders zu beurteilen wie die als Prozessvertreter. Wie werden in unserer Fraktion dazu Stellung nehmen, ob unser Mitglied Everling weiter an den Beratungen des Rechtsausschusses teilnehmen soll.

Abg. Hampel (Wp.): Wenn ein Vertreter des Fürsten nicht mitwirken darf, dann auch nicht ein Abgeordneter, der ein Land vertritt. (I) Die Vorwürfe gegen Abg. Everling sind übertrieben. Auch bei der Amnestie haben Abgeordnete mitgewirkt, die an der Amnestiefrage interessierte Leute als Verteidiger vertreten hatten. (II)

Abg. Everling (Dnat.): Ich wollte nur das sachliche Material, das ich kannte, dem Ausschuss mitteilen.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Ich bedauere, daß die Deutschnationalen noch keine bestimmte Erklärung abgegeben haben, ob sie das Verhalten Everlings für einwandfrei halten, und es ist auch bedauerlich, daß für die Deutsche Volkspartei noch gar keine Erklärung vorliegt. In der Amnestiefrage liegt die Sache doch ganz anders. Da haben die Abgeordneten, die politische Gefangene verteidigt hatten, aus ihrem Verhältnis zu den Gefangenen gar kein Hehl gemacht. Herr Everling aber hat seine Beziehungen zu den Fürstentümern verschwiegen, und wer weiß, ob wir sie erfahren hätten, wenn nicht der thüringische Finanzminister ahnungslos die Rage aus dem Saal gelassen hätte. Außerdem haben die Rechtsanwältin, die für die Amnestie wirkten, damit gegen ihre materiellen Interessen gehandelt, weil die Amnestie zur Einstellung des Prozesses führte, in den meisten Fällen handelte es sich auch um bereits rechtskräftig entschiedene Prozesse. Wir müssen verlangen, daß Herr Everling aus dem Ausschuss ausscheidet.

Abg. Wunderlich (D. Wp.) schließt sich nunmehr für die Volkspartei der Erklärung des Ab. Hampel an. Weislich wird erklärt, daß in der Mitwirkung des Abg. Kahl als Schiedsrichter keine Bedenken zu finden seien.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte, nachdem sich Dr. Rosenfeld für seine Fraktion noch vorbehalten hat, auf diese Sache zurückzukommen und bestimmte Anträge zu stellen, falls Abg. Everling weiter an den Beratungen mitwirken sollte.

Vom deutschnationalen Abg. Everling haben wir heute morgen hier gesagt, daß er wie ein bissiger Wachhund vor den Kassenschranken der Fürsten stehe. Zu dieser Bemerkung waren wir durch das Auftreten des Herrn Everling im Rechtsausschuss und durch seinen publizistischen Feldzug zugunsten der unverminderten Erhaltung der Fürstentümer veranlaßt worden. Von den Hintergründen, die heute im Rechtsausschuss des Reichstages zur Sprache kamen, hatten wir aber keine Ahnung. . . .

Das sind die deutschnationalen Reinger des öffentlichen Lebens! Das sind die Kämpfer gegen die Korruption!

Auch im Reichstagsplenum hat Herr Everling einmal im Vordergrund des Interesses gestanden. Als nämlich Genosse Breitscheid eine Pressestimme zitierte, die die Regierung Luther als einen „Übergang zur Monarchie“ bezeichnete, rief ein junger Abgeordneter der Rechten ein lautes: „Gott sei Dank!“

Das war der Herr Everling. Seitdem heißt er im Reichstag „der Abgeordnete Gottseidant“.

Die Deutschen in Südosteuropa.

Mit Minderheiten in Nationalitätenstaaten.

Von Hermann Bendel.

Unlängst die Erörterungen auf dem Kongress der nationalen Minderheiten in Genf und in diesen Tagen der Kampf um das Privatschulgesetz im rumänischen Parlament haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf die deutschen Siedlungen in Südosteuropa gelenkt. Spricht man zuweilen in den letzten Jahren überbreitend von je einer Million Deutschen in Rumänien und Südbanien, so gibt jetzt der sicher nicht zu niedrig schätzende „Heimatdienst“ die Zahl der rumänischen Deutschen auf 800 000, die ihrer Volksgenossen im Südbanienstaat auf 550 000 an. Wertwürdigerweise vergißt er die ebenfalls rund 550 000 Deutschen in Ungarn, wie man denn namentlich in der rechtsgerichteten Presse Deutschlands öfters die Behauptung findet, daß das Land Horthy's ein rein nationaler Staat sei.

Die im Siromgebiet der unteren Donau, der Drau und Theiß sitzenden Deutschen bilden ein noch zu wenig erforschtes soziologisches und nationalpolitisches Problem. Außer den Siebenbürger Sachsen, in Wahrheit Roselfranken, die sich hier schon im 13. Jahrhundert niederließen und im Schutz von allerhand Rechten eine gewisse gesellschaftliche Gliederung und eine allerdings partikuläristisch begrenzte deutsche Gesinnung entwickelten, sind die Deutschen in Südosteuropa Nachkommen der Einwanderer, die im 18. Jahrhundert von den Habsburgern in die durch die Türkenherrschaft verödeten Landstriche verpflanzt wurden; im Lauf der Jahrzehnte strömten, eine unblutige Revolution gegen Absolutismus und Feudalismus der Heimat, Tausende und Abertausende von Familien aus Württemberg, Baden, Schwaben, Nassau, Hessen, der Pfalz, dem Elsaß und anderen Rheingegenden in die Kolonistengebiete, wo immerhin freier zu atmen war. Unter „Rajchen“ und „Walachen“, das sind Serben und Rumänen, Pioniere einer überlegenen Wirtschaftsweise, kamen die Schwaben, wie sie durchweg genannt wurden, zu blühendem Wohlstand; die Millionenbauern unter ihnen sind gar nicht so selten.

Aber ihrer Heimat zu jener Zeit entfremdet, da Deutschland ein nur geographischer Begriff war, erlebten sie den sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungsprozeß, der das moderne Nationalgefühl formte, nicht im Ring der deutschen Völkerei und Schicksalsgemeinschaft. Da sie, bis auf diesen Tag zu mehr als neun Zehnteln eine schwer bewegliche Bauernmasse, auch aufwühlenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen nicht unterlagen, blieb ihr Nationalbewußtsein im 20. Jahrhundert, was es im 18. gewesen war: ein verstäubter Brunnen. Diese national noch unerweckte Masse hatte weder den Willen noch die Möglichkeit, ihr Volkstum gegen die Budapester Heißsporne zu verteidigen, die in ganz Ungarn nur Magyaren sehen wollten. Nicht nur hielt der magyarische Chauvinismus durch fortschreitende Verstaatlichung der deutschen Kirchenschulen die Schwaben in seinem Bann, sondern dulde auch nicht eine einzige höhere deutsche Lehranstalt im Lande. Was darum aus dem Bauerntum zur Bildungsschicht aufstieg, verfiel automatisch der Magyarisierung; der studierte Schwabe wollte kein Schwabe mehr sein, und selbst die Geistlichen und Lehrer fühlten sich fast durch die Bank als Magyaren.

Was unser Jahrhundert an schwachen Gegenregungen sah, wurde schonungslos unterdrückt, und auch in Ungarn von heute schweigt die Herrenschicht noch in dem alten Hochmut, der nur die Magyaren als Nation, die Minderheiten als Völkerabfall einschätzt. Weil die Hergt und Horthy gleiche politische Kappen tragen, schweigt sich unsere deutschnationale Presse gern über die nationale Not der Deutschen in Ungarn aus, obwohl sie ungleich schmähvoller ist als in irgend einem Staat des Südbanien. Nicht weniger als 7 Proz. der Gesamtbevölkerung sind Deutsche, und sie haben keinen Abgeordneten im Parlament, keine deutsche Bühne, keine wirklich deutsche Schule; als im August 1924 nach vielem Hängen und Wägen der „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein“ ins Leben treten durfte, wurde ihm ein Kenegad, Minister a. D. Dr. Gräß, Schwab von Abstammung, Magyar von Gesinnung, als Vorsitzender ausgenötigt und ungehindert brüllten die „Rassenschwärzer“, die von der „Deutschen Zeitung“ und Konfianten gestreichelten magyarischen Hakenkreuzler ihr Hohnlied: Magis hunc est a nemet! Der Deutsche ist doch ein Hundstotl!

Die Deutschen dagegen, die 1918 aus dem Reich der Stephanstrone zu Rumänien und Südbanien kamen, gelangten aus einer Oligarchie in Staaten, die zum mindesten der Form, zum Teil auch dem Inhalt nach Demokratien sind. So fiel ihnen ein besseres Los als den unter dem Magyarenkum gebliebenen Volksgenossen. Nicht nur wurden deutsche Gymnasien und Realschulen eingerichtet, sondern vor allem konnten die durch den Weltkrieg aufgerührten und zum Bewußtsein ihrer selbst erwachenden Schwaben ihre Bewegung in breiter Front entfalten. In Rumänien brachte 1919 die Tagung von Hermannstadt den kulturellen, 1921 der Kongress von Czernowitz den politischen Zusammenschluß aller Deutschen, und ähnlich wurde 1920 in Südbanien der „Schwäbisch-Deutsche Kulturbund“ und im Jahr darauf die „Partei der Deutschen“ gegründet. Im Budapest wie Belgrad Parlament

Gewerkschaftsbewegung

Das Uberschichtenunwesen im Bergbau.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 2 die amtlichen Ziffern über die Löhne und die Arbeitszeit der Bergarbeiter Preußens im dritten Quartal des Jahres 1925. Während der „Bereinigungsphase“ wurden ganze Bergbaubezirke stillgelegt, Duzende von Zechen stellten ihren Betrieb ein, immer neue Tausende von Bergarbeitern wurden aufs Pflaster geworfen. Im dritten Vierteljahr 1925 ging die Zahl der Bollarbeiter im Bergbau weiter zurück um etwa 32000 Mann, wovon rund 30000 allein im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Doch trotz des starken Rückgangs der Arbeiterzahl, trotz all den Entlassungen, der großen Arbeitslosigkeit, wurden im preussischen Bergbau im gleichen Zeitraum von den Belegschaften

1836568 Uberschichten verschoben.

Unter Zugrundelegung von 70 Schichten im Vierteljahr ergibt sich, daß durch diese Uberschichten nicht weniger als

23247 Bergarbeiter brotlos gemacht

worden sind. Die höchste Uberschichtenzahl wurde im Oberbergamtsbezirk Clausthal erreicht, wo 5,9 Uberschichten auf jeden Bollarbeiter entfielen. Es folgten: Oberschlesien mit 5,6, Braunkohle links der Elbe mit 5,5, Braunkohle linksrheinisch 4,8, Braunkohle rechts der Elbe 4,4, Salzbergbau Halle 4,3, Niederschlesien 3,9, Mansfeld 3,6, Kachen 3,6, Oberbergamtsbezirk Dortmund 2,9 usw.

Ohne die Uberschichten konnten mehr Bergarbeiter beschäftigt werden, müßten nicht arbeitslos sein, im rheinisch-westfälischen Bezirk 13000, in Oberschlesien 2830, in Niederschlesien 1330, in Kachen 680, im Braunkohlenbergbau links der Elbe 1500, rechts der Elbe 1830, im Rheinland 925, im Mansfelder Erzbergbau 430, im Salzbergbau etwa 850 Mann. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ redet den Bergarbeitern ins Gewissen:

„Wenn die Bergarbeiter in allen Revieren dem Gedanken der Solidarität gefolgt wären und alle Uberschichten über das schon festgesetzte Maß hinaus verweigert hätten, so wäre über 23000 Bergarbeitern mit zehntausenden Familienangehörigen das Schicksal der Arbeitslosigkeit erspart geblieben. Eine ganze Reihe von Gebieten, wie Niederschlesien und der Braunkohlenbergbau hätten überhaupt keine Verminderungen der Belegschaftsziffern notwendig gehabt. Sie wären vielmehr in der Lage gewesen, noch tausende von Arbeitskräften im zwischenörtlichen Ausgleichsverkehr aufzunehmen oder hätten doch wieder vermocht, wie es im Mansfelder Erzbergbau und im Salzbergbau ganz besonders der Fall ist, hunderte von Arbeitern aufnehmen zu können, die schon vor einer längeren Zeit aus den betreffenden Bergbaubetrieben ausgeschaltet wurden.“

Diese Vorhaltung ist durchaus zutreffend, leider aber nur problematisch, zumal gegenwärtig den Bergarbeitern vielfach die Furcht im Nacken sitzen mag, bei Verweigerung von Uberschichten ebenfalls stillgelegt zu werden. Und diese Furcht vor Brotlosigkeit überwiegt leider bei vielen Arbeitern noch das weniger ausgeprägte Solidaritätsgefühl. Können wir auch die Uberschichtenmacher nicht von der Schuld mangelnder Einsicht, Charakterstärke und Solidarität freisprechen, so ist doch das Unternehmertum, das zehntausende von Arbeitern entläßt aus vorgeblichem Arbeitsmangel, die beschäftigten Arbeiter jedoch zu Uberschichten ansetzt, nur um die sozialen Lasten abzumwälzen, der eigentlich schuldige Teil.

Einem derart gemeinschädlichen Skandalösen Treiben der Unternehmer müßte die Regierung, zumal bei dem jetzt ohnehin furchtbaren Umfange der Arbeitslosigkeit, unverzüglich mit aller Energie begegnen, durch rücksichtsloses

Verbot der Uberschichten.

Allein die Regierung läßt sich von dem Unternehmertum auf der Nase herumtanzen, das den Achtstundentag samt dem Sozialgesetz sabotiert, mit der Existenz von zehntausenden Bergarbeiterfamilien Schindluder treibt und sie der öffentlichen Fürsorge überläßt. Die 1836568 Uberschichten bedeuten 23000 Arbeitslose, deren Unterstützung in einem Vierteljahr weit über eine Million Reichsmark, nahezu 1 1/2 Millionen, an Arbeitslosenunterstützung erfordert. Die arbeitslosen Bergarbeiter verzichten gern auf diese Unterstützung, wenn ihnen durch Verbot der Uberschichten die Arbeit gegeben wird, die ihren beschäftigten Kameraden über die regelrechte Schichtdauer hinaus aufgeschalt

wird. Das öffentliche Interesse erheischt, daß der diesem Ausgleich verbindlichen mahnwichtigen Uberschichtenwirtschaft gehörig begegnet wird.

Verhandlungen mit der Volle-Meierei gescheitert.

Am Donnerstag wurde im Metallarbeiterverbandshaus zwischen der Meierei Bolle und den Tariforganisationen über den Abschluß des von der Meierei zum 31. Dezember gefälligten Lohnabkommens verhandelt. Die Firma will bekanntlich einen Abbau der Löhne um 10 Proz. Auch bei den Verhandlungen am Donnerstag erklärte die Meierei Bolle, durch die schlechte Geschäftslage ihres Unternehmens zu dem Lohnabbau gezwungen zu sein. Da die Organisationsvertreter diese Auffassung der Firma nicht teilen konnten und jeder Herabsetzung der Löhne entschieden widersprachen, verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Die Belegschaft wird in den nächsten Tagen zu der Situation Stellung nehmen und die nun zu ergreifenden Maßnahmen beschließen.

Die Aussperrung der Bremer Stuhlfabrikanten. Einstweilige Verfügung aufgehoben.

Bremen, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaften der Bremer Stuhlfabrikanten sind seit Mitte Oktober von den Unternehmern ausgesperrt. Um das arbeiterfeindliche Treiben der Streikbrecher zu unterbinden, hätten die im Kampf stehenden Arbeiter Streikposten aufgestellt und die Namen der Streikbrecher im Bremer Parteiblatt bekanntgegeben. Diese Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft erregten die Wut der Unternehmer, die sich der weitgehendsten Unterstützung der Polizei erfreuen. Der Syndikus der Bremer Unternehmerorganisationen erwirkte darum am 22. Dezember eine einstweilige Verfügung des Landgerichts, wodurch es den Streikenden sowie ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen verboten wurde, die Namen der Streikbrecher öffentlich bekannt zu machen und vor den bekämpften Werken Streikposten aufzustellen. Auf Beschwerde des Holzarbeiterverbandes hat das Landgericht Bremen jetzt die Aufhebung der einstweiligen Verfügung veranlaßt, so daß sich die Bremer Stuhlfabrikanten jetzt wieder aller verfassungsmäßig garantierten Kampfmittel bedienen können.

Zum Streik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Stuttgart, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die durch das M.B. aus Furtwangen verbreitete und in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 7. Januar erschienene Notiz ist irreführend. Es heißt in der Notiz: „Während an anderen Orten der Schwarzwälder Uhrenindustrie der Lohnabzug von den Arbeitern angenommen wurde usw.“ Hierzu haben wir zu bemerken, daß die Ablehnung des Lohnabzuges in allen Orten einstimmig erfolgte. Teilkämpfe sind deswegen bis jetzt ausgebrochen in Furtwangen und Billingen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Tarifabschlüsse im Saargebiet.

Saarbrücken, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Bergarbeiter das vom französischen Arbeitsminister de Monzie gemachte Lohnangebot von 15 Proz. auf den Grundlohn abgelehnt haben, kam es nunmehr bei einer erneuten Verhandlung zu einem Tarifabschluß. Das Ergebnis sind 5,6 Proz. Zulage auf den Gesamtlohn, ausschließlich der sozialen Zulagen. Die Erhöhung, die nach wie vor von den Bergarbeitern als ungenügend bezeichnet wird, tritt rückwirkend vom 15. Dezember in Kraft, während in dem ursprünglichen Angebot der Grubenerwaltung der 1. Januar vorgeesehen war.

In der Schwerindustrie führten die gestrigen Lohnverhandlungen zu einem Angebot der Unternehmer von 6,2 Proz., die ebenfalls ab 15. Dezember gezahlt werden sollen. Die Organisationen haben zu diesem Angebot noch keine Stellung genommen.

Die Aussperrung im Baugewerbe ist ebenfalls durch Schiedspruch beendet worden. Der Schlichtungsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung den Arbeitern eine Lohnerböhung von 6 1/2 Proz. zugesprochen. Die Bauarbeiter haben diesen Spruch angenommen, während die Schreiner, wegen deren ursprünglichen Lohnforderungen die Aussperrung überhaupt erst erfolgte, dieses Angebot für unzureichend erklärten und es ablehnten. Ob nach dieser Ablehnung der Spruch des Schlichtungsausschusses wirksam wird, ist zweifelhaft, denn er ist gefällt unter der Voraussetzung, daß die Kampfmaßnahmen von beiden Seiten eingestellt werden.

Internationale der Textilarbeiter.

Anschluß der Amerikaner. — Tom Shaws Weltreise. Am 19. und 20. Dezember hielt die Exekutive der Internationalen der Textilarbeiter in Zürich Sitzungen ab, auf denen vor allem ein Bericht des internationalen Sekretärs Tom Shaw über die Lage der Textilindustrie der Welt und in besonderen die Verhältnisse in der japanischen, chinesischen, indischen, brasilianischen und mexikanischen Textilindustrie zur Sprache kamen; ferner die Organisationsverhältnisse in diesen Ländern und die Bestrebungen, ihre Textilarbeiterverbände zum Anschluß an die Internationale zu veranlassen. Im diese Bestrebungen zu fördern und genaue Forschungen wirtschaftlicher Natur anzustellen, wird der internationale Sekretär in absehbarer Zeit eine große Reise nach diesen überseeischen Ländern unternehmen. Mit Befriedigung wurde von der Anmeldung der amerikanischen Textilarbeiter zum Beitritt in die Internationale Kenntnis genommen und die Aufnahme einstimmig gutgeheißen.

Katastrophale Arbeitslosigkeit in Dänemark. Jeder dritte Arbeiter arbeitslos.

Kopenhagen, 7. Januar. (Eigener Bericht.) Die Arbeitslosigkeit ist in der ersten Woche des neuen Jahres wiederum außerordentlich gestiegen. Die gewerkschaftlichen Unterstützungsstellen verzeichnen eine Steigerung der Arbeitslosen von 73000 auf 84000, d. h. jeder dritte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ist ohne Beschäftigung. Die nicht statistisch erfassbare Gesamtzahl der Arbeitslosen kann man nunmehr auf etwas über 100000 veranschlagen. Es besteht eine kleine Hoffnung, daß diese Zahl in den nächsten Wochen etwas zurückgeht, da viele Betriebe ihre Weihnachtserien infolge der schlechten Konjunktur bis zur Mitte des Monats ausgedehnt haben.

Das österreichische Arbeitslosenproblem. Eine Denkschrift der Spitzenorganisationen an die Regierung.

Wien, 7. Januar. (M.) Die Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft haben gestern in einer mehrstündigen Konferenz sich mit der Frage der zunehmenden Arbeitslosigkeit beschäftigt. Sie werden heute der Regierung eine Denkschrift überreichen, die sich mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der produktiven Erwerbslosenfürsorge, dem Schulsystem der Nachbarstaaten und mit der Förderung neuer Industrien, sowie mit dem Bau eines großen Freihaufens in Wien beschäftigt. Die Denkschrift befaßt sich auch mit bevölkerungspolitischen Fragen und fordert eine Verlängerung der Schulpflicht um ein volles Jahr, damit der Zustrom der Jugendlichen zum Arbeitsmarkt eingedämmt wird.

Gesperrte Gastwirtschaftsbetriebe. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten teilt uns mit, daß in dem Restaurant Wilhelm Krüger, Inhaber Döring, Wiener Straße 23, freigewerkschaftlich organisierte Angestellte nicht beschäftigt und geduldet werden. Der Vertreter der Organisation, der Herr Döring auf diese Tatsache aufmerksam machte, wurde von diesem und seinen gelben Angestellten aus dem Lokal hinausgeworfen. Als der Verbandsbeamte bereits vor dem Lokal war, kam Herr Döring hinterher und brüllte: „Verlassen Sie sofort den Bürgersteig, sonst las ich Sie mit der Polizei wegbringen.“ Der Betrieb ist für organisierte Gastwirtschaftsgehilfen gesperrt. — Außerdem ist auch der „Deutsche Hof“, Ludauer Straße 15, Besitzer Krommel, für organisierte Gastwirtschaftsgehilfen gesperrt.

Wittmann, SPD., Holzarbeiter Bezirk Ostern III. Am Sonntag, den 10. Januar, normatives 10 Uhr, bei Wittmann, Westendstraße 8, wichtige Versammlung aller Parteimitglieder. Nachhören Besuch erwünscht. Der Verbandsrat.

Firma Gehr, Siemens u. Co., Nollendorfplatz, Waren, Sonnabend, nachmittags 2 Uhr Zusammenkunft aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Kollegen in der „Wohltat“, Derbörgerstr. 28. Mitgliedsbuch kontrollieren.

Bähr-Stiefel
(früher Bären-Stiefel)
Jetzt
Inventur-Verkauf
Nur bei **H. Bähr, Spittelmarkt 7,**
vor der Brücke



Wir müssen, da wir mit dem vollstündigen Umbau beginnen, wegen Platzmangel unsere umfangreichen Lager räumen, und verkaufen daher während des

INVENTUR AUSVERKAUF

zu doppelt heruntergezeichneten konkurrenzlos niedrigen Preisen!

Ein großer Posten Damen-Kleider K- Seide, feinfache Ausführung, in allen Farben, zum Aussehen Wert bis 10,00 1,95	Ein Posten Jacqu. Handtücher schöne Damastmuster, gesäumt und gebändert 45 Pl.	Hemdentuch ca. 80 cm breit, fehlerfreie Ware 48 Pl.	Linon 130 cm breit, feinfädige Qualität 1,18	Gabardine Reine Wolle ca. 130 cm breit 2,58	Einsatz-Hemd feine Qualität in vielen Mustern 1,95	Ein großer Posten Damen-Strümpfe Trama-Seide auch haltbar 1,99 Damen-Strümpfe haltbare Qual. verstärkte Ferse u. Spitze, schwarz und farbig 38 Pl.	Ein großer Posten Ulster- u. Stoffe reine Wolle 140 b. 150 cm breit 3,95 2,95 zum Aussehen Wert bis 15,00 95 Pl.
--	---	---	--	--	--	---	--

Jeder Käufer erhält für einen bezahlten Kassenzettel über M. 1.— **1 Luftballon gratis!**

Kaufhaus Heyn & Goldschmidt

Danziger Str. 98
Ecke Pappelallee, am Hochbhl. Danziger Str.

Mengenabgabe vorbehalten

Schlager aus unserem Inventur-Ausverkauf!

Vom 2. bis 16. Januar

Hemdentuch 80 cm breit, starkfädige Qualität 50 Pf.	Damenhemden aus gutem Wäschetuch, mit Spitze 95 Pf.	Einsatzhemden Größe 4, 5, 6, moderne Einsätze 1 95	Musseline Baumwolle, gute Qualität, großes Sortiment 58 Pf.
Madapolam 80 cm breit, vorzügliche Qual. für Leibwäsche Mtr. 83 Pf.	Garnituren la Cambre (Hemd und Beinkleid) elegant 2 95	Damenhemdchen fein gewebt 38 Pf.	Blusenstreifen Schotten etc., gute Qual., z. Auss., Mtr. 95 Pf.
Handtücher 48/100, Gerstenkorn, gesäumt und gebändert 65 Pf.	Taschentücher 41 cm, Linon, mit bunter Kante 17 Pf.	Damenstrümpfe Baumwolle, verst. Ferse und Spitze 28 Pf.	Oberhemdblusen aus schw. Bw.-Fl. verd. verarbeitet 1 95
Handtücher 48/100, ges. und gebänd., Halbleinen, Damast 1 45	Büstenhalter aus feinfädigem Stoff mit Spitze garniert 58 Pf.	Damenstrümpfe Kunstseide 95 Pf.	Unterkleider Kunstseide, ca. 115 cm L., alle modernen Farben 2 95
Wischlüber 55x35, Halbleinen, rot und blau kariert 53 Pf.	Dam.-Handschuhe mit eleg. Aufs. 2 Druckknöpf. 55 Pf.	Herrensocken Seidenl., Jacq.-Phantasiemuster, Doppels. 95 Pf.	Sportwesten reine Wolle, f. Herren u. Dam., ca. 295 gr., schwer 4 95

Wilh. Herm. Lesser, Schöneberg

Kolonnenstraße 10-11, Ecke Sedanstraße

Das Haus der guten und billigen Qualitäten!

Verlangen Sie an unseren Kassen den 4 Seiten starken Führer durch unseren Inventur-Ausverkauf

Am Freitag, den 8. Januar 1926, beginnt unser grosser Inventur-Ausverkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen. Um unsere grossen Läger zu räumen, haben wir unsere Waren bis zu 60% im Preise ermässigt. Hier einige Beispiele:

Strumpfwaren		Damen-Nachthemd	
Herrensocke Baumw. grau verstärkte Ferse und Spitze nur Baumwolle, sehr haltbar	0.29	m. Stickerel garniert	2.95
Herrensocke bunt, feines Gewebe	0.29	Damenbeinkleid moderne Form 1.75	0.95
Herrensocke Jacquard, sehr haltbar, in vielen Stellen und Karos reine Wolle, Kamehaarfarbe, Ia Qualität	0.95	Trikotagen	
Herrensocke verstärkte Spitze und Ferse	1.45	Einsatzhemd makolarbig, feines Gewebe, garant. waschecht	1.95
Damenstrümpfe Doppelsohle, hochfein, schwarz	0.58	Einsatzhemden weiss gebleicht, starkes Gewebe	2.45
Damenstrümpfe fein Gewebe m. Naht, Doppelsohle, Hochl. Kunstseide m. Naht, Doppelsohle, hochl. Dauerseide, sehr haltbar mit kleinen Schönheitsflecken 1.95	0.95	Normalhosen mit und ohne Ueberschlag	1.65
Damenstrümpfe Gewebe mit kleinen Schönheitsflecken 1.95	1.75	Futterhemden feste Qualität	2.45
Damenwäsche		Diverses	
Damenhemd 100 cm lang, mit Langewe	0.95	Gestrickte Taillen	1.45 0.95
Damenhemd mit Stickerel garniert 2.45	1.95	Damenschlöpfer	1.45 0.95
		Damenschlöpfer innen geraucht	1.95
		Oberhemden Perkal, mit 2 Kragen	4.85
		Oberhemden Zephir	6.80
		Handschuhe dichtes feines Gewebe in verschied. Ausstattungen mit und ohne angewebtem Futter	0.95

Auch viele andere Artikel, die wir hier nicht anführen, werden gewiss bei Beschäftigung Ihren Beifall in bezug auf Qualität und Preise finden

Rosenmann & Aberle

1. Geschäft: Oranienstr. 2 Inh. F. Rosenmann. 2. Geschäft: Prinzenstr. 27, Ecke Ritterstr.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Begr. 1891.

Steyn u. Damm-Decken

am preiswertesten, bestes Fabrikat. Fabrik Bernhard Strohmeyer, Berlin, Wilhelmstr. 12 (Unterbaumgarten-Anfängerstr.).
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Sepelstr.,
und Westen, Nikoloburger Platz 2, Ecke Trautenaufstr.
Reparatur jed. Art. Muster, Preisliste gratis.

Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.

Wassenauswahl in allen Preislagen - herrliche Muster
Tapeten für Puppenstuben - Linoleum u. Fußmatten

Tapeten-Magazin Humboldt

Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden.
(Ringstr. daher konfuzionslos Müll.)
Besucher erhält 3% Rabatt.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph

BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Leiterwagen

u. alle ander. Transportgeräte liefert



billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Tele Ladend. 111.
Keine Schaufenster-
Reklame, allwissentlich
billigere Preise

Inferieren

bringt ERFOLG!

Inventur-Ausverkauf

vom 4.-18. Januar. Auf sämtliche Preise 20% Sonderrabatt!

FRIEDRICH BLAU

Damenmäntel-Fabrik
Kein Laden Schöneberg, Hauptstraße 161 4. Etage

Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Röcke, Westen usw.

fertig und nach Maß
zu konkurrenzlos billigen Preisen, da Selbsterstellung!
Teilzahlung! Teilzahlung!
Bei Barzahlung 10 Prozent Rabatt.

Fritz Reimann
Kaufhölzer, Preisverwahrer 53
Die billige Bezugsquelle für
Leit- und
Kaufhölzer jeder Art.

Kristall, Schildpatt, Silber, Elfenbein.

Kopp & Joseph,
Berlin W., Potsdamer Str. 122.

Trauerpendeln

jeder Art
liefern preiswert
Paul Golletz,
normalis. Markt No. 1
Mariannenstr. 2
Tele. Wilmersd. 10809



Conrad Müller
Spezialhaus
für Herren, Damen
u. Kinder, vorrätig
nach Maß
Pelzwaren u. Winter-
Reparaturen.
Spezialgeschäft
Weinberg, Polster, I.
u. d. Gertraudenstr.

Gummi-Mäntel

für Herren, Damen
u. Kinder, vorrätig
nach Maß
Pelzwaren u. Winter-
Reparaturen.
Spezialgeschäft
Weinberg, Polster, I.
u. d. Gertraudenstr.

Stottern

Jochheftung!
Dauererfolg!
Ganz neues System!
Prof. Irat G. Ridel
Wilmersdorf, Braun-
denburgische Str. 18

Alles staunt über die wahrhaft billigen Preise!

Man findet die schönsten Sachen, die
das in Groß-Berlin bekannte Modehaus
W. Bernhard Nachf., Berlin SW
Belle-Alliance-Straße 105 und 101, am Halleschen Tor
in seinem jetzigen
Inventur-Ausverkauf
bringt: Kleider Mäntel Plüschmäntel
Blusen Röcke Ballkleider
in nur erster Qualität bei anerkannt bester Verarbeitung.
Änderungen werden nicht berechnet.

Großer Inventur-Ausverkauf

vom 6. bis 19. Januar

zu ganz außergewöhnl. billigen Preisen, da große Lagerbestände radikal geräumt werden
Nur solange der Vorrat reicht! Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

Porzellan		Nickelwaren		Kristall		Wirtschaftsartikel	
Tasse, dünn, fein, decor., Schalenform	0.28	Taschenuhr, m. Kobaltrand, 23kg., f. 6 P.	14.50	Bierbecher mit Sonnenschiff	0.58	Original Thermosflasche, beste Qualität	1.45
Tasse, Goldrand, 1. Qual., Schalenform	0.38	Speisesteller, weiß	0.09	Tasse mit Rose, handgemalt	0.95	Salatbettel, Horn	0.95
Tasse, Kobaltrand, Schalenform	0.58	Milchtopf, 1/2 Liter	0.23	Emaillé		Waschwanne mit Holzboden und Ventil	12.50
Taschentücher, fein bef., Reihemuster	0.95	Voratzkanne, bunt und gold	0.38	Rotweinglas, Kristallschliff	1.85	Unterfasser mit 3 Einlagen	0.85
Brotkorb, Durchbruch weiß	0.68	Rüchergarnitur, Karo u. Delft, Bilg. nur	7.90	Portweinglas, Kristallschliff	1.55	Aluminium	
Speisesteller, tief und hoch, von Tafel- geräten, beste Qualität, bunt	0.65	Glas		Litörglas, Kristallschliff	0.85	Sah Löpfe, 16-24 cm, m. Ded., l. Ware	5.90
Kartoffelschüssel, v. Tafelgeräten, Ia Qual.	2.85	Kompost-Teller, Diamant	0.09	Römer, Sonnenschiff	0.95	Sah Löpfe, 16-24 cm, m. Ded., Garantiew.	9.75
Taschentücher, fein bef., Reihemuster	3.75	Salatbettel, Diamant	0.75	Salatbettel, Kristallschliff	0.75	Löffel, 16 cm, Garantieware	0.85
Tasse, Schalenform, dünn, China, blau	0.95	Bierbecher, Rotband	0.18	Rüchergarnitur, Karo u. Delft, Bilg. nur	19.75	Milchtopf, Garantieware	0.58
Kaffeezervice f. 6 P., Ia Qual., mod. Randbet.	5.75					Milchtopf, Garantieware	1.95 1.05
Chlorzervice f. 6 P., Bilg., mod. B., Randbet.	29.50					Kaffeezelle mit Holzstiel, Garantieware	0.95
						Kaffeezelle, Garantieware	0.75
						Elektrische Artikel	
						Kochwanne m. bunt. Schirm l. eleg. Ausf.	5.99
						Reisfasser	15.50
						Eisblatze	8.75 6.75

Porzellan-Emaille-Markí Johanna Pögel

Spezialgeschäft größten Stills
Blm.-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31